

Schluss der Finanzkonferenz.

Nachprüfung durch Frankreich.

Paris, 15. August. (W. Z. B.) Die „Matin“ teilt mit, es ist wahrscheinlich, dass die französische Regierung das technische Abkommen der Finanzkonferenz, dem die französischen Sachverständigen zugestimmt haben, einer Nachprüfung unterziehen werde.

Die interalliierte Finanzkommission hat in der letzten Nacht ihre Arbeiten beendet. Es wurde ein Dokument unterzeichnet, dem die Vertreter Frankreichs und Japans unter dem Vorbehalt der Zustimmung ihrer Regierungen zugestimmt haben. Dieses Abkommen regelt zunächst die Verteilung der ersten von Deutschland gezahlten Milliarde, die zum Teil zur Begleichung der englischen Belegungsstellen, zum Teil zur Begleichung der belgischen Prioritätsanleihen zu verwenden sollen. Die von Deutschland bis zum 31. August 1922 über Forderungen und Andenken geleistete Hilfe, die bisher zum englischen Exportzins freigegeben wurde, soll zum belgischen Andenkenzins verwendet werden. Frankreich wird dadurch im August einen Vorteil von 140 Millionen Goldmark durch das Abkommen.

Schließlich haben die Mitglieder der Finanzkonferenz beschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um in dem Verhältnis die bedeutenden Schwankungen zu vermeiden. Die notwendig werdenden Operationen vorzunehmen, um sich die fremden Devisen zu beschaffen, die es an die alliierten Mächte bezahlen muss.

Nach dem „Tamps“ soll die von der interalliierten Finanzkonferenz angenommene Grundstruktur der letzten Forderungen der Besatzungsmächte der bisherigen Zeit für einen französischen Soldaten — ungefähr 16 francs täglich — sein. Zu dieser Grundstruktur kommt ein Zuschlag von zwei Goldmark für einen englischen Soldaten und von drei Goldmark für einen amerikanischen, wegen der Entfernung dieser beiden letzten Armeen von ihren Heimatländern.

Amerikas Friedensverträge.

Eine Erklärung Harbings.

Chicago Tribune, 14. August. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, Präsident Harding habe einigen Senatoren erklärt, dass der Friedensschluss mit Deutschland reich Gehalt annehme. Wahrscheinlich werde er allerdings vor Dezember nicht im Senat eingebracht werden. Senator Harbing, ein von dem Präsidenten die Mitteilung erhalten haben, dass der Vertrag sich an die Resolutionen des Senats mit ihren Bestimmungen zur Wahrung der amerikanischen Rechte auf Grund der früheren wirtschaftlichen Abmachungen der Alliierten anknüpfen würde. Gleichzeitig soll mit der Ausarbeitung der Friedensverträge mit Ungarn und Österreich begonnen werden sein. Die formelle Friedensproklamation werde vermutlich bis zur völligen Fertigstellung des deutschen, des ungarischen und des österreichischen Friedensvertrages aufgeschoben werden. Als Grundlage des Vertrags mit Österreich werde der Friedensvertrag von Trianon dienen, als Grundlage des Friedens mit Ungarn der von Szegedin.

Deutschland muß in den Völkerbund.

Eine englische Stimme.

London, 15. August. (W. Z. B.) „Observer“ schreibt, solange Deutschland aus dem Völkerbund ausgeschlossen sei, sei die geistige Kraft des Landes gleich Null.

Warschauer Besorgnisse.

Eine Note an die Mächte.

Paris, 14. August. (W. Z. B.) Nach einer Sonder-Nachricht aus Warschau hat der Ministerpräsident in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, an die alliierten Mächte eine Note zu richten, in der erklärt wird, daß die Regierung der Befreiung der oberösterreichischen Provinzen einen nicht wieder auf zu machenden Schritt veranlasse. Die Besetzung des Südbanats in den Völkerbundverträgen in unmittelbarer Weise den Zustand der Ungeheuerlichkeit, in der sich gegenwärtig die oberösterreichische Bevölkerung befindet, denn der Vertrag die vollständige Einrichtung einer inneren Verwaltung auf unbestimmte Zeit.

Bonomi glättet die Wellen.

Eine Unterredung.

Paris, 15. August. (W. Z. B.) Bonomi erklärte einem Mitarbeiter des „Zeitungsverstärkers“, es wäre ein großer Irrtum, die Verwertung der oberösterreichischen Provinzen an den Völkerbund als Bedingung der französischen Annahme. In dieser Frage gebe es weder Siege noch Defekte. Man dürfe nicht sagen, daß die Alliierten die Völkerbund als einen im britischen Sinne ausfallen würde. Die italienische Regierung werde ihrem Vertreter im Völkerbund die größte Freiheit lassen.

Wirtschaftsjubiläum in Triest. Gestern begann die Feier des vierzigjährigen Jubiläums des Bischofs Michael Spreti. Der Bischof von Triest, im Range des Bistums, erschienen die Vertreter der Behörden im Bischofsdom zur Gratulation. Am Nachmittag versammelten sich die aus allen Teilen der Diözese zusammengetretenen Teilnehmer der Feier zu einem großen Fest durch die Straßen der Stadt. Gold der Bischof erreichte vor, in dem der Bischof auf einer Tribüne Platz genommen hatte, stimmte der Festzug unter dem Geläute der geläuteten Kirchenorgeln den andernwärtigen Anwesenden an. Im Zuge befanden sich 30-40000 Mann. Die Feier schloß am Abend mit einer Serenade der vereinigten Triester Sänger.

Verständigung in der Mannheimer Metallindustrie. Zur Lohnbewegung in der Mannheimer Metallindustrie: durch die Verhandlungen zur Verständigung und zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages geführt haben.

Ernstere Stand der Irlandfrage.

Der Briefwechsel zwischen Lloyd George und De Valera. — De Valera fordert absolute, auch militärische Unabhängigkeit. — Kommt die Einigung?

London, 15. August.

In den Friedensverhandlungen zwischen England und Irland ist, wie die Blätter melden, nach der Ablehnung der Vorschläge der britischen Regierung durch De Valera eine sehr ernste Lage entstanden. Dem „Daily Chronicle“ zufolge wird in den politischen Kreisen die Entschlossenung über diese Wendung zum Ausdruck gebracht. Alle Augen seien jetzt auf die morgige stattfindende Sitzung des Sinnfeiner Parlamentes gerichtet, die für die unmittelbare Zukunft entscheidend sein werde. Die Tür für eine Regelung steht noch offen. „Daily Herald“ nimmt an, daß das Sinnfeinerparlament beschließen wird, das Angebot der britischen Regierung dem irischen Volk zur Abstimmung zu unterbreiten.

Gestern abend wurde in London der zwischen Lloyd George und De Valera geführte Briefwechsel veröffentlicht. Die englische Regierung gibt zunächst den Brief Lloyd Georges vom 20. Juli bekannt, in dem Lloyd George die irischen Vorkämpfer einmündlich, die sich um das Verbot des englischen Auktionen Irlands wird das vollkommene Statut der Dominions mit allen Rechten angeboten: Steuerfreiheit, Selbstbestimmung, freie Wahl der Gerichte und Richter, das Recht der Gebührensatzung, die inneren Beziehungen ihres Landes, Autonomie ihrer Gendarmerie, Polizei, Post, Telegraphie, ihres Ackerbaus, des öffentlichen Unterrichts usw. Aber die englische Regierung kann alle diese Zugeständnisse nur unter folgenden Bedingungen machen: der künftigen irischen Regierung muß das Recht zustehen, die Meere, die Inseln umgeben, zu kontrollieren. Sie muß alle Erleichterungen erhalten, welche Häfen zu betreten und an der irischen Küste zu manövrieren, Irland muß, da sich nunmehr in der Welt die Tendenz geltend macht, abzurufen sich auch bei der Restrukturierung seiner Räume gewisse Beschränkungen auferlegen damit dies in einem bestimmten Verhältnis zur englischen Küste verhalten werden kann. Irland muß sich das Recht vor, in Irland Luftschiffverbindungen anzulegen und alle Maßnahmen zu treffen, um auch in Irland die Verteidigung Englands in dieser Hinsicht sicherzustellen. England hofft, daß Irland in wirtschaftlichen Dingen zur Hilfe der englischen Kräfte beitragen werde. Das irische Volk wird ferner vollkommene finanzielle Freiheit haben. Damit aber in Zukunft zwischen England und Irland keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten entstehen, verpflichten sich beide, keine Schutzzölle einzuführen. Das irische Volk übernimmt ferner einen Teil der englischen Staatslasten und wird auch an der Zahlung der Pensionen für die Kriegsbeteiligten teilnehmen. Lloyd George erklärt, daß diese Vorschläge für die Aufhebung der in dem irischen Statut enthaltenen Bestimmungen des englischen und irischen Parlamentes ratifiziert werden sollen. Er fordert endlich, daß alle bestehenden Verträge des Dominions von Irland und die Befreiung von Irland von den Sinnfeinern anerkannt werden sollen.

Zu seinem Briefe vom 10. August erklärt De Valera, daß er nach Betragen nicht in der Lage sei, die von England gemachten Angebote anzunehmen. Irland habe das Recht, den Weg zu wählen, der ihm beste erscheint. Das irische Volk müsse über seine eigene Zukunft entscheiden. Das irische Volk werde nicht in den politischen Angelegenheiten sich auf ein moralisches Recht irgendeiner Regierung verlassen, aber vollkommene Unabhängigkeit sei das einzige Mittel, um freundschaftliche Beziehungen zwischen Irland und England herzustellen. Irland werde niemals die Basis für einen Angriff gegen England bilden. Sollte irgendeine Bestrafung in dieser Hinsicht bestehen, so erklärte sich Irland bereit, vollständige Garantien zu geben, soweit sich diese mit der irischen Souveränität vereinbaren lassen. Lloyd George erklärte sich, wenn er annehme, daß die in seinem letzten Briefe verpropagierten Forderungen der Dominions sich auch auf Irland anwenden dürften, die Dominions unterzeichnen sich, daß Irland durch die größere Anlehnung an ihren Mutterlande, Irlands Lage sei also nicht der der Dominions gleich, und die Vorschläge der englischen Regierung können zur Folge haben, daß Irland England im Kriegsfall unterstützen müsse und somit im Falle der Abhängigkeit von England verbleibe. Die Frage der teilweisen Abkehrung und der Handelsverträge mit De Valera seien nicht abzuhandeln. Lloyd George erklärte sich, wenn er annehme, daß die in seinem letzten Briefe verpropagierten Forderungen der Dominions sich auch auf Irland anwenden dürften, die Dominions unterzeichnen sich, daß Irland durch die größere Anlehnung an ihren Mutterlande, Irlands Lage sei also nicht der der Dominions gleich, und die Vorschläge der englischen Regierung können zur Folge haben, daß Irland England im Kriegsfall unterstützen müsse und somit im Falle der Abhängigkeit von England verbleibe. Die Frage der teilweisen Abkehrung und der Handelsverträge mit De Valera seien nicht abzuhandeln. Lloyd George erklärte sich, wenn er annehme, daß die in seinem letzten Briefe verpropagierten Forderungen der Dominions sich auch auf Irland anwenden dürften, die Dominions unterzeichnen sich, daß Irland durch die größere Anlehnung an ihren Mutterlande, Irlands Lage sei also nicht der der Dominions gleich, und die Vorschläge der englischen Regierung können zur Folge haben, daß Irland England im Kriegsfall unterstützen müsse und somit im Falle der Abhängigkeit von England verbleibe. Die Frage der teilweisen Abkehrung und der Handelsverträge mit De Valera seien nicht abzuhandeln.

Antwort, die im vorliegenden Rahmen nicht veröffentlicht werden kann. Die von Lloyd George in seinem Briefe gemachten Vorschläge bleiben zwar weitestgehend unberührt, doch erklärt Lloyd George, daß Änderungen in Einzelheiten wohl möglich seien. Doch könne die englische Regierung in der irischen Angelegenheit einem Kompromiß in der Frage der Rechte der Krone über Irland nicht zustimmen. Irlands Forderung, die darauf hinzielt, Irland seiner Krone gegen die Krone zu entbinden, konnte nicht angenommen werden. England müsse es auch unbedingt ablehnen, irgendeine Forderung, die nur England und Irland betrafen, dem Schiedsgericht einer auswärtigen Macht zu unterbreiten. Auch namentlich in der Frage von Ulster könne ein solcher Kompromiß nicht angenommen werden. Lloyd George behauptet die politische Unmöglichkeit, die in dem Sinnfeiner Briefe enthaltenen Forderungen auf den vorgeschlagenen Bedingungen annehmen mögen. Er erklärt sich bereit, die Einzelheiten der Anwendung derselben weiter zu erörtern, sobald eine prinzipielle Annahme seiner Vorschläge erfolgt sein wird.

Die Schlussfikung des Obersten Rates.

Die Debatte über die Sanktionen. Die Rede Curzons. — Die Note des Obersten Rates über Oberschlesien. — Ihsis Mission.

Paris, 14. August. (W. Z. B.)

Über die letzte Sachmittagsfikung des Obersten Rates verbreitet Ganos folgende Mitteilung: Die Sitzung war durch die Befreiung der Besatzungsstellen und der Sanktionen angefüllt. Die finanziellen Sachverständigen haben die Besatzungsstellen als zu hoch erachtet. Lord Curzon erklärte, daß dieser Zustand der zu hohen Kopffärke der Besatzungsstellen aufzufassen sei. Der Oberste Rat war jedoch insgesamt der Ansicht, daß es sich nicht um eine Frage der Mannschafstärke handle, sondern um den zu hohen Stellenwert für jeden einzelnen Soldaten. Der italienische Finanzminister Colletti wies dann darauf hin, daß die Zivilkommissionen noch sehr feilschig seien. Irland und Japan schlossen sich dieser Ansicht an. Der Oberste Rat beschloß darauf, sowohl die Frage der Besatzungsstellen pro Kopf als auch die der Zivilkommissionen durch einen Ausschuss unterfragen zu lassen, der bis zum 1. November bestimmte Vorschläge unterbreiten sollte.

Die Befreiungen wendeten sich dann den Sanktionen zu. Douchet gab eine Darstellung der Ungelegenheit und erinnerte an die Erklärung vom 6. März dieses Jahres, nach der Voraussetzung für die Aufhebung der in dem irischen Statut enthaltenen Bestimmungen des englischen und irischen Parlamentes ratifiziert werden sollen. Er fordert endlich, daß alle bestehenden Verträge des Dominions von Irland und die Befreiung von Irland von den Sinnfeinern anerkannt werden sollen.

für alle Waren der Alliierten, die nach dem besetzten Gebiet gehen sollten. Die militärischen Sanktionen dagegen, selbst Konzepte, müssen aufreht erhalten werden.

Zu seiner Antwort stellte Lord Curzon die Sanktionen von einer anderen Seite dar.

Die Sanktionen müßten nach ihm in vollem Umfang aufgehoben werden, da Deutschland das Ultimatum der Alliierten angenommen hat.

Curzon verführte, daß die Haltung Deutschlands hinsichtlich der Entschädigung, der Reparationen, und da die Bevölkerung vollständig freigegeben sei, auch hinsichtlich der Kriegsbeteiligten, freisetzt gewesen sei. Die Sanktionen, fuhr er fort, seien eine vollständige Angelegenheit. Sie seien das deutsche Nationalgefühl. Schließlich mußte das Kabinett Wirth unterstellt werden. Endlich verlangte Curzon die formelle Zurückziehung der militärischen Sanktionen. Darauf ergriff Briand das Wort. Er legte auseinander, daß die französische Regierung keineswegs die militärischen Sanktionen in ihrer Gänze aufheben und Duldung für ungenügende Zeit aufreht zu erhalten wünsche. Es sei im Gegenteil ihre Wunsch, sobald wie möglich die Besatzungsstellen zurückzugeben, die französische Regierung dem ausgesetzten Standpunkt der französischen Regierung erinnerte Briand daran, unter welcher Umständen die Sanktionen beschaffen wurden. Es sei notwendig gewesen, die Stärke zu demonstrieren, um in der Frage der Reparationen die Aufhebung der Besatzungen zu erlangen. Die Wirkung sei eingetreten. Das Kabinett sei zurückgetreten und durch Dr. Wirth ersetzt worden, der sich bemühe, die Verpflichtungen seiner Regierung heilig zu erfüllen. Es bleibe eine große Befreiung, das Kabinett Wirth für irgendein eines reaktionären Kabinetts gestürzt werden. Dann würde die verführte Aufhebung der Sanktionen zu einer Spannung führen.

Die französische Regierung schloß indessen, da die deutsche Regierung sich bemüht habe, ihre Verpflichtungen zu halten, selbst die Sanktionen aufzuheben. Die französischen Sanktionen unter den von Curzon angeführten Bedingungen vor.

Was die militärischen Sanktionen betrifft, so sei die Stunde für ihre Aufhebung nach ihm nicht gekommen. Nach dieser Rede beschloß der Oberste Rat im Sinne Curzons, bezüglich der in Deutschland arbeitenden Kontrollkommissionen.